

## Steigende Asylkosten trotz sinkender Zahlen

Die Kosten für die Unterkünfte und den Lebensunterhalt für Asylbewerber in der Bundeshauptstadt Berlin liegen weiterhin deutlich über der im Haushalt eingeplanten Summe. Sozial-Senatorin Elke Breitenbach (Linkspartei und Zuwanderungsbefürworterin) hat deshalb nun gefordert, in einem Nachtragshaushalt jeweils weitere 21,4 Millionen Euro für 2020 und 2021 vom Abgeordnetenhaus bewilligt zu bekommen. Damit stiegen die Ausgaben auf stolze 93 Millionen Euro jährlich an.

Eine Sprecherin räumte gegenüber der Presse ein, dass sich die Zahl der neu zugewanderten Asylbewerber verringert habe. Der Zuzug sei „bisher geringer als 2018 angenommen“ und liege unter dem Vorjahresniveau. Allerdings habe die Corona-Krise dazu geführt, dass weniger Leistungsbezieher von der Zuständigkeit des Landesflüchtlingsamtes in die gewöhnlichen Sozialbehörden wechselten, in der sie dann Grundsicherung bekämen.



Europa wird erschüttert von islamistischen Anschlägen und auch Deutschland bietet viel Potential für vergleichbare Vorkommnisse. Bereits in den letzten Jahrzehnten hat sich eine islamistische Szene in unserer Heimat festgesetzt, die sich ohne große Gegenwehr des Staates ausbreiten konnte. Kritiker werden und wurden als „Islamhasser“ diffamiert. Nun steht unser Land vor der Situation, dass nicht nur eine echte Parallelwelt besteht, in der unsere Gesetze keine Beachtung finden, sondern durch die massenhafte Einwanderung in den vergangenen Jahren eine deutliche Stärkung der islamistischen Szene stattfand.

## Arbeitslose in Deutschland massiv von Armut bedroht

Laut einer Statistik der europäischen Statistikbehörde Eurostat sind Arbeitslose in Deutschland im europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark von Armut bedroht.

Die Statistik offenbart erschreckende Zahlen: Im Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote der Arbeitslosen in den EU-Staaten bei 48,5 Prozent – der deutsche Durchschnittswert für Erwerbslose betrug unterdessen unglaubliche 73,8 Prozent. Demnach sind fast drei Viertel aller deutschen Arbeitslosen konkret armutsgefährdet.

Im Jahr 2018 betrug dieser Wert noch etwa 5 Prozent weniger. Wann gilt man eigentlich als „armutsgefährdet“? Die Europäische Union beantwortet diese Frage mit der Armutsgefährdungsquote. Als armutsgefährdet gilt demnach jeder, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung im jeweiligen Mitgliedland beträgt.

## Islamistische Gefahr nimmt auch in Deutschland deutlich zu

Wie gefährlich islamistischer Extremismus ist, zeigen der Anschlag in Wien und die wiederholten Terrorakte in Frankreich. In Deutschland gehen die Sicherheitsbehörden von mindestens 627 islamistischen Gefährdern aus. Weitere sitzen im Gefängnis und viele von ihnen erwartet demnächst die Freilassung. Mindestens einer der Attentäter von Wien war der Polizei bekannt. Der erschossene 20-Jährige war aufgefallen, weil er mehrfach vergeblich versucht hatte, auszureisen um sich dem sogenannten Islamischen Staat anzuschließen. Einen Terroranschlag allerdings hatten ihm die Behörden offenbar nicht zugetraut, was sich im Nachhinein als

drastischer Fehler erwies. Nicht wirklich zuverlässig sein dürften die Einschätzungen in Deutschland, wie sich an dem Mord in Dresden zeigte. Tatverdächtig ist hier der 20-jährige Syrer Abdullah al-H., der am 4. Oktober in Dresden ein homosexuelles Paar mit einem Küchenmesser angegriffen und schwer verletzt haben soll. Einer der Männer starb kurz darauf. Die Behörden sehen die "Bedrohungslage für Deutschland unverändert auf hohem Niveau. Deutschland steht weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum von terroristischen Organisationen." Der Anfang Juli veröffentlichte Verfassungsschutzbericht 2019 spricht von vereitelten Anschlagplanungen, die das vorhandene

Gefährdungspotenzial belegten. Für besonders gefährlich erachtet der Inlandsgeheimdienst "von terroristischen Organisationen inspirierte Einzeltäter", weil die im Vorfeld nur schwer zu identifizieren seien. Von den gut 300 aus Syrien und dem Irak nach Deutschland zurückgekehrten IS-Dschihadisten wurden zum Stand 1. Juli 109 als Gefährder und 90 als "relevante Personen" geführt. Insgesamt schätzt die Bundesregierung, dass der Islamistische Terrorismus in Deutschland auf ein Potenzial von knapp 30.000 Menschen aufbauen kann. Die meisten, gut 12.000, kommen aus dem salafistischen Spektrum. Der bildet nach wie vor den Unterbau für den gewaltbereiten Dschihadismus.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Generalbundesanwalt nimmt relevante Linksextremisten fest

Der Generalbundesanwalt hat in Leipzig eine mutmaßliche Anführerin einer militanten linken Gruppe verhaften lassen. Die Stadt gilt inzwischen als Hochburg gewaltbereiter Linkschauten. Parallel zu der bereits vor einigen Tagen erfolgten Festnahme seien in Leipzig die Wohnungen von zwei mutmaßlichen Mitgliedern der Gruppierung durchsucht worden, teilte die Polizei gegenüber der Presse mit.

Den Angaben zufolge werden der 25-jährigen Studentin die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, besonders schwerer Landfriedensbruch, räuberischer Diebstahl, Urkundenfälschung und gemeinschaftlich begangene, gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Die mindestens zehnköpfige Gruppierung soll bereits Anfang 2019 gegründet worden sein und aus Angehörigen des militant-linksextremen Spektrums bestehen.

Unter anderem habe die Gruppe gewalttätige Angriffe auf vermeintliche oder tatsächliche Angehörige der rechten Szene geplant und durchgeführt. So sollen verummte Mitglieder der Gruppierung im Oktober 2019 eine Kneipe im thüringischen Eisenach überfallen haben, die als Treffpunkt von angeblichen Rechten galt. Dabei wurden laut Medienberichten sechs Personen leicht verletzt. Auf Einsicht darf bei diesem Personenkreis kaum gehofft werden, denn Gewalt dient besonders im linken Spektrum als legitimes Mittel, um politisch Andersdenkende einzuschüchtern oder von der Ausübung ihrer Grundrechte abzuhalten.

## Zuverlässiger Impfstoff gegen Corona?

Impfstoffe werden gerade zu hunderten entwickelt. Alleine aus wirtschaftlichen Gründen ist der Bereich überaus lukrativ. Folgt man den Medien und den Ausführungen des Herstellers, dann dürfte die Verbreitung eines wirksamen Heilmittels kurz bevorstehen. Es trägt das Kürzel BNT162b2 und wurde von dem deutschen Pharma-Unternehmen Biontech und seinem US-amerikanischen Partner Pfizer entwickelt. Getestet wurde es an 44.000 Personen, von denen etwa die Hälfte ein wirkungsloses Placebo erhielt, die andere den Impfstoff. Laut Biontech betrug die Wirksamkeitsrate des Impfstoffs in den Tests "über 90 Prozent". Damit läge der Impfstoff deutlich über den Erwartungen der Experten. Christian Drosten, Leiter der Virologie in der Berliner Charité, bezeichnete die Meldung der Konzerne als "beeindruckend". Die Zahl von 90 Prozent könne sich im Verlauf der Studie zwar noch nach unten korrigieren, aber prinzipiell, so Drosten, scheine er eine gute Schutzwirkung zu haben. Die US-amerikanische Kontrollbehörde FDA hatte angekündigt, einen Impfstoff bereits bei einer Wirksamkeitsrate von 50 Prozent zu genehmigen. Allerdings: Die Daten der Studie sind noch nicht veröffentlicht und wurden noch nicht von unabhängigen Experten bewertet.

Es stellt sich aber die Frage, wie sicher der Impfstoff ist und welche Nebenwirkungen er hat. Laut Biontech seien in der Studie keine schweren Nebenwirkungen registriert worden. Allerdings wird es hier noch weitere Tests und Langzeitbeobachtungen geben.

Auch ist noch unklar, ob die Wirkung des Impfstoffs mit der Zeit nachlässt und, ob er in verschiedenen Gruppen - Junge und Alte, Gesunde und Vorerkrankte - gleich effizient ist. Das natürlich der Verkäufer eines Produktes seinen Artikel als zuverlässig anpreist und als Heilsbringer präsentiert, dürfte klar sein. Es geht um ein Milliardengeschäft, welches einen weltweiten Absatzmarkt hat.

## ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)

# DIE REPUBLIKANER

**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

---

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---

# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:



## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

DIE REPUBLIKANER(REP)  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b>	<b>Bezirksverband</b>	<b>Landesverband</b>	<b>Bundesverband</b>	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.